

B+ BILDUNG

Der Honigtopf im Hörsaal: Wer kontrolliert eigentlich die AStA-Millionen?

Jeder Student zahlt ihn, kaum jemand spricht über ihn: der AStA-Beitrag. Aus wenigen Euro pro Semester entstehen bundesweit Millionenbeträge und die Frage, wer darüber entscheidet.



Jana Hermann

12.06.2026, 19:37 Uhr

🕒 13 Min



Seit Jahren klagen Studenten der TU Berlin über „chaotische Zustände“. Vom Honigtopf des AStA werden die meisten kaum wissen.

© Schöning/Imago

Es beginnt, wie vieles an deutschen Hochschulen, mit einem Betrag. So klein, dass ihn kaum jemand bemerkt. Zehn Euro hier, 17,97 Euro dort, 19,60 Euro anderswo. Ein Posten im Semesterbeitrag, eingezogen zusammen mit Verwaltungskosten, dem Beitrag zum Studierendenwerk und dem Semesterticket. Es ist der Beitrag zur Studentenschaft, oft schlicht AStA-Beitrag

genannt. Nur ein paar Euro pro Kopf, nur zweimal im Jahr. Zahlen muss ihn jeder eingeschriebene Student. Die Grundlage dafür findet sich in den Hochschulgesetzen der Länder; für Berlin im Berliner Hochschulgesetz (BerlHG).

Aus den wenigen Euro werden schnell große Summen. An vielen Universitäten entstehen daraus Haushalte im sechs- oder siebenstelligen Bereich. Das Geld fließt nicht an Professoren, nicht in Tutorien und auch nicht in die Sanierung maroder Hörsäle. Es geht an die studentische Selbstverwaltung: das Studentenparlament (StuPa) und den Allgemeinen Studentenausschuss (AStA). Dort entscheiden die Studenten eigenständig über Haushalte, die an manchen Hochschulen mehr als eine Million Euro pro Jahr umfassen.

Die studentische Selbstverwaltung entstand im Zuge der Hochschulreformen der 1960er- und 1970er-Jahre und ist ein fester Bestandteil des deutschen Hochschulsystems. Auch an den Berliner Universitäten verwalten die Studentenschaften eigene Haushalte und wählen eigene Gremien. Wofür genau die Gelder eingesetzt werden und welche Kontrollmechanismen greifen, wird außerhalb der Hochschulen nur selten diskutiert. Öffentliche Aufmerksamkeit erhält das System meist erst dann, wenn einzelne Konflikte bekannt werden.



Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) der Freien Universität hat 1981 die Patenschaft für ein besetztes, ehemaliges Werksgelände in Berlin-Kreuzberg übernommen. Das Gebäude wurde



STUDENTENGELDER

Uni Hamburg: Asta rät von Studium an eigener Hochschule ab



STUDIENGEBÜHREN

Wirtschaftsfaktor in Milliardenhöhe: So viel Geld könnte Deutschland mit internationalen Studenten einnehmen

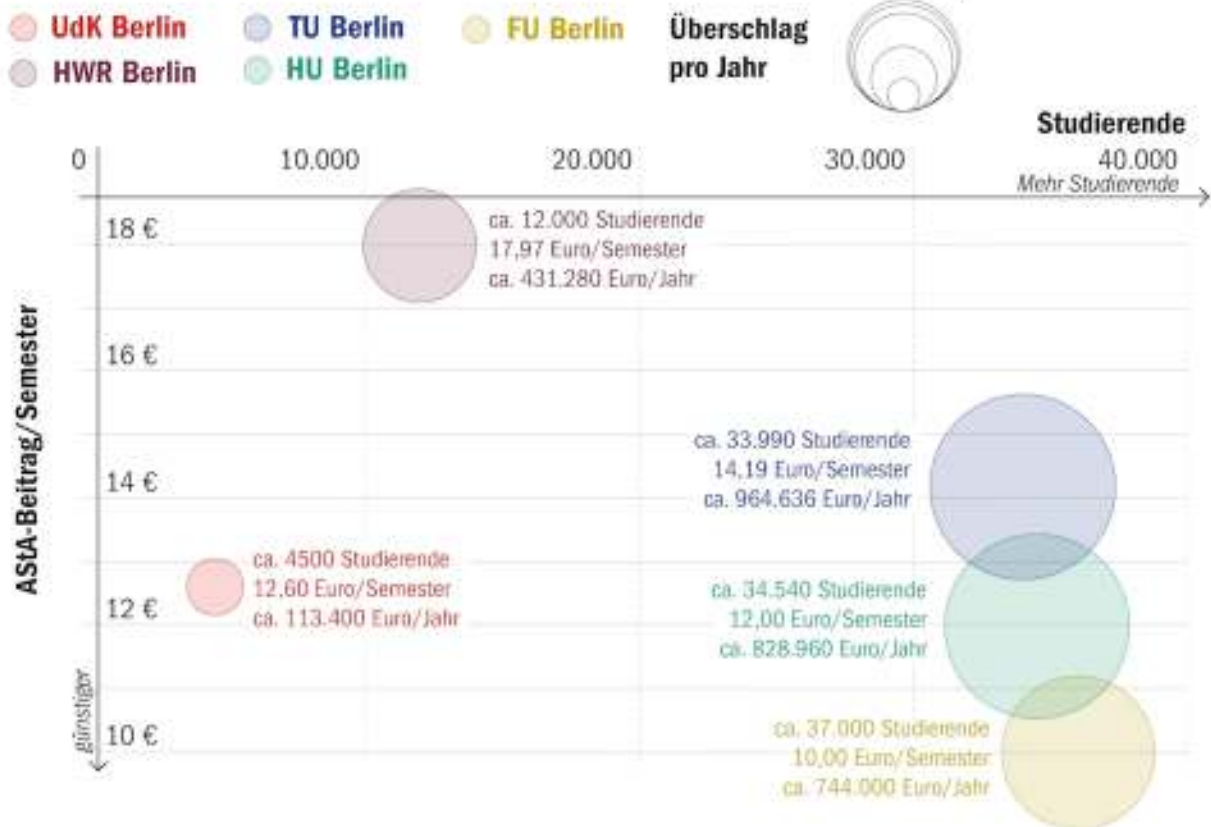
Millionen aus kleinen Beträgen

Wie groß die Haushalte der studentischen Selbstverwaltung werden können, zeigt zum Beispiel der Blick nach Berlin. An der Freien Universität Berlin (FU) beträgt der AStA-Beitrag derzeit zehn Euro pro Semester. Im Haushaltsplan der Studentenschaft für das Jahr 2024/25 sind daraus Einnahmen von 744.000 Euro vorgesehen. Der Gesamthaushalt liegt bei rund 1,76 Millionen Euro.

Laut der Beitragsordnung der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) beträgt der Beitrag inzwischen 17,97 Euro pro Semester. Bei etwa 12.000 Studenten bekommt der AStA nur etwas weniger als eine halbe Million Euro. Auch an anderen Berliner Hochschulen werden vergleichbare Beiträge erhoben.

AStA-Beitrag: Was Studierende zahlen

Je nach Hochschule zahlen Studierende zwischen 10 und 18 Euro pro Semester



Summe: mind. ca. 3,08 Millionen Euro/Jahr

© Grafik: BLZ. Quelle: eigene Berechnung auf Basis der Angaben der Hochschulen

Laut dem Statistischen Bundesamt studierten letztes Jahr deutschlandweit fast drei Millionen Menschen. Die Höhe der AStA-Beiträge unterscheidet sich je nach Hochschule, doch das Grundprinzip ist bei allen gleich: Jeder eingeschriebene Student finanziert die Studentenvertretung mit seinem Semesterbeitrag, womit sich das jährliche AStA-Finanzvolumen bundesweit insgesamt zwischen 50 und 100 Millionen Euro bewegen dürfte.

Wer entscheidet über das Geld?

Gewählt wird der AStA nicht direkt von allen Studenten. Zunächst wählen die Studenten ihr Parlament. Dieses beschließt den Haushalt und bestimmt anschließend den AStA. Die Wahlbeteiligung unterscheidet sich von Hochschule zu Hochschule. Nach einer schriftlichen Anfrage der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus lag sie 2021 an der Humboldt-Universität bei 1,73 Prozent, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht bei 3,23 Prozent und an der Technischen

Universität bei 3,44 Prozent. Für die Freie Universität wurde Anfang 2022 eine Beteiligung von 2,34 Prozent ausgewiesen.

Der Berliner Senat weist zugleich darauf hin, dass die Wahlen über E-Mails, Webseiten, Aushänge und soziale Medien beworben werden. Die Zahlen ändern nichts an der rechtlichen Gültigkeit der Wahlen. Sie zeigen jedoch, dass sich nur ein kleiner Teil der Studenten aktiv an der Besetzung jener Gremien beteiligt, die später über erhebliche Haushalte entscheiden.



B+ WEHRPFLICHT

Demo gegen Bundeswehr auf der Karrieremesse in Potsdam: „Wir töten für Deutschland. Auch Bock?“



HOCHSCHULE

Marodes TU-Hauptgebäude gesperrt: Universität plant „Pop-up-Lesesaal“

Berlin ist allerdings kein Einzelfall. Nach einer bundesweiten Auswertung der Online-Plattform Correctiv lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung an deutschen Hochschulen 2019 bei lediglich rund 14 Prozent. Es gibt jedoch deutliche Unterschiede: An der Leuphana Universität Lüneburg beteiligten sich 2023 mehr als 15 Prozent der Studenten an der StuPa-Wahl, 2024 waren es noch gut 12 Prozent. An einzelnen Hochschulen wurden in den vergangenen Jahren sogar Beteiligungen von mehr als 20 Prozent erreicht.

Wofür die Gelder verwendet werden

Der größte Teil der Mittel fließt in Aufgaben, die unmittelbar mit dem gesetzlichen Auftrag des Studentenausschusses verbunden sind. Dazu gehören Sozial- und Rechtsberatung, Unterstützung bei BAföG-Fragen, Kulturveranstaltungen, Härtefonds, Informationsangebote sowie die Förderung studentischer Initiativen.

Haushaltspläne der Berliner Studentenvertretungen zeigen darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Ausgaben. Finanziert werden unter anderem Referate, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, technische Infrastruktur und Projekte studentischer Gruppen.

Wer die Internetseiten Berliner AStAs besucht, findet etwa Referate für Antidiskriminierung, Queerpolitik, Klimapolitik oder Internationales, Referat für Schwarze Studierende und Studierende of Color wie auch das Antisexismus-Referat. Viele Studentenvertretungen veröffentlichen Stellungnahmen zu aktuellen politischen Debatten, organisieren Veranstaltungen oder beteiligen sich an Demonstrationen.

Das Programm und die Referate der Studentenvertretung an der Freien Universität sind nur ein Beispiel von vielen. Die Spannbreite der Aktivitäten zeigt, dass die Studentenvertretungen heute weit mehr sind als reine Serviceeinrichtungen für Studenten.



Auszug des Instagramauftritts und Angebot des AStA der Freien Universität Berlin

© Screenshot/ Instagram AStA Freie Universität Berlin

Wenn Kontrolle öffentlich wird

Die Arbeit der Studentenvertretungen schafft es nur selten über den Campus hinaus in die Öffentlichkeit. Meist nur dann, wenn Konflikte über die Verwendung von Geldern bekannt werden. Ein Beispiel dafür lieferte 2024 die HWR Berlin.

Nach einem Bericht des Tagesspiegels äußerten Prüfer Zweifel an Teilen der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Allgemeinen Studentenausschusses. Im Mittelpunkt standen unter anderem Erstattungen für Fahrten mit dem Fahrdienstanbieter Bolt. Der damalige AStA-Vorsitzende erklärte, die Fahrten seien dienstlich veranlasst gewesen.

Gemessen an Haushalten sind knapp 1000 Euro für seine Taxifahrten kein erheblicher finanzieller Schaden. Doch bei Pflichtbeiträgen stellt sich nicht nur die Frage, ob eine Ausgabe rechtmäßig ist, sondern auch, ob sie für alle zahlenden Studenten notwendig und nachvollziehbar erscheint.



POTSDAM

Universität Potsdam: Hasso-Plattner-Stiftung stellt Entwürfe für neuen Campus auf dem Brauhausberg vor



UNIVERSITÄT

TU Berlin marode: Hauptgebäude muss auf unbestimmte Zeit schließen

Andere Fehlkalkulationen und Fehlausgaben

Die Diskussion über den Umgang mit Geldern der studentischen Selbstverwaltung ist nicht neu. Bereits 2010 dokumentierte eine umfangreiche Recherche von ZEIT Campus mehrere umstrittene Ausgaben verschiedener AStAs. So übernahm der damalige AStA der FHTW Berlin (heute HTW) die Kosten für ein Abendessen mit Industrievertretern im Hotel Adlon in Höhe von rund 2400 Euro. Der AStA der Technischen Universität Berlin finanzierte zwei Studentinnen die Reise zu einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Lesben nach Rio de Janeiro für rund 1400 Euro. Die Recherche berichtete zudem über Bürgschaften an der Freien Universität Berlin, die später nicht wieder eingetrieben werden konnten.

Die Fälle liegen mehr als anderthalb Jahrzehnte zurück und erlauben deshalb keine Rückschlüsse auf die heutige Praxis der betroffenen Hochschulen. Sie zeigen jedoch, dass die Frage nach Transparenz und Kontrolle der studentischen Haushalte die Hochschulpolitik seit vielen Jahren begleitet.

Auf Nachfrage dieser Zeitung geben die genannten Universitäten an, die Sache in den Griff bekommen zu haben. Ein Sprecher der Freien Universität etwa „begrüßt

grundsätzlich das Engagement von Studenten in den universitären Gremien“; das Studentenparlament und der AStA gehören zur „demokratischen Campuskultur“ zwingend dazu. Die Hochschulleitung stehe „regelmäßig im Austausch mit dem AStA“, heißt es in der Antwort. Ähnliche Antworten kamen von den anderen Berliner Universitäten – es sei, sinngemäß, alles im grünen Bereich.

Der Fall an der Fernuniversität Hagen

Alles andere als im grünen Bereich war allerdings die Situation in der Studentenvertretung an der Fernuniversität Hagen. Nach investigativen Recherchen dieser Zeitung fanden dort über vier Jahre lang keine regulären Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung statt. Gespräche vor Ort, interne Unterlagen und Protokolle dokumentieren einen Konflikt, der schließlich auch die Hochschulleitung auf den Plan rief.

Die Hochschule bestätigt den zentralen Punkt auf Anfrage ausdrücklich. Wörtlich heißt es, dass „über mehrere Jahre keine Wahlen stattgefunden haben“ und die demokratische Legitimation der Studentenschaft dadurch eingeschränkt gewesen sei. Das Rektorat bewertet diesen Zustand als „äußerst kritisch und mit den Grundsätzen der akademischen Selbstverwaltung nicht vereinbar“.



UNI-PROTESTE

„Bildung braucht Räume“ – Verdi-Protest gegen geplantes Hochschulgesetz



STUDIERENDENGELDER

Kunden oder Kommilitonen? Ökonom fordert Studiengebühren, Linke hält dagegen

Nach Angaben der Hochschule wurde die Studentenschaft wiederholt aufgefordert, die notwendigen Beschlüsse zu fassen und die Wahl vorzubereiten. Zunächst setzte die Universität auf den Vorrang der Selbstverwaltung und gab den studentischen Gremien Gelegenheit zur Selbstkorrektur. Erst nachdem dies aus Sicht des Rektorats nicht gelang, wurde im Dezember 2025 angeordnet, einen Wahlanbieter zu beauftragen und die Wahlvorbereitung unverzüglich fortzusetzen.



Blick auf das Gebäude Nr. 5 der Fernuniversität Hagen

© Jana Hermann/Berliner Zeitung

Die internen Unterlagen und Gespräche, die dieser Zeitung vorliegen, zeichnen das Bild eines über Jahre festgefahrenen Systems. Wahlverfahren scheiterten oder wurden verschoben, Sitzungen kamen teilweise nicht zustande oder mussten wiederholt werden. Gleichzeitig liefen die Geschäfte der Studentenschaft weiter. Das heißt, bestimmte Personen erhielten weiterhin Honorare und Aufwandsentschädigungen.

Die Fernuniversität ist mit fast 80.000 Studenten Deutschlands größte staatliche Universität. Der Beitrag zur Studentenschaft beträgt elf Euro pro Semester. Daraus ergeben sich Einnahmen von rund 1,76 Millionen Euro pro Jahr. Anders als an klassischen Präsenzuniversitäten studieren in Hagen überwiegend Berufstätige; nach Angaben der Hochschule liegt das Durchschnittsalter der Studenten bei rund 38 Jahren.

Studenten wirkten sehr viel älter

Bei zwei Wahlterminen des Wahlausschusses, die die Autorin dieser Zeitung im vergangenen Jahr vor Ort beobachtete, bot sich ein ungewöhnliches Bild: Neben

Studenten mittleren Alters nahmen auch deutlich ältere Eingeschriebene teil. Einzelne kamen mit Gehhilfe oder elektrischem Rollstuhl. Hochschulpolitik kann sich hier über viele Jahre, mitunter über Jahrzehnte, entwickeln.



UNIVERSITÄT

720 Euro Miete, 730 Euro Bafög – und Spahn bringt das Koalitionsversprechen ins Wanken



HOCHSCHULE

Nächstes Problem bei TU Berlin: Uni-Bibliothek muss vorübergehend schließen

Die Nachteile der Idee einer eigenständigen Körperschaft von Studenten: Die Hochschulleitung kann die studentische Selbstverwaltung nicht einfach ersetzen oder deren Aufgaben übernehmen. Sie übt Rechtsaufsicht aus; operative Entscheidungen über Wahlen oder Haushalte treffen die Organe der Studentenschaft selbst. Nur deshalb konnte der Konflikt über Jahre gehen.

Anfang des Jahres wurden neue Wahlen durchgeführt. Die Hochschule kündigte an, die bekannten Sachverhalte weiter zu prüfen und – sofern erforderlich – aufsichtsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen. Zugleich sieht sie Reformbedarf unter anderem bei mehr Transparenz, der Vermeidung von Interessenkonflikten und der Weiterentwicklung der Wahlverfahren.

Der Machtwechsel

An der Spitze des AStA steht inzwischen Nickolas Emrich. Der Jurist und Autor engagiert sich nach eigenen Angaben seit insgesamt rund neun Jahren in der Hochschulpolitik der Fernuniversität – mit einer mehrjährigen Unterbrechung. Seit fast drei Monaten ist er Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses.

Im Gespräch mit dieser Zeitung beschreibt Emrich die vergangenen Jahre als einen Machtkampf zwischen Reformbefürwortern und den bisherigen Mehrheiten, die Reformen aufhielten. Verschiedene Hochschulgruppen hätten sich zusammengeschlossen, „damit auf gar keinen Fall sich etwas am System ändert“, sagt er. Politische Unterschiede seien dabei in den Hintergrund getreten.

Besonders kritisch sieht Emrich die langen personellen Kontinuitäten innerhalb der studentischen Selbstverwaltung. „Da sind einige Leute, die da ihren Lebensmittelpunkt haben. Die im Grunde all ihre Lebenskraft nur aus diesem Ehrenamt schöpfen. Und eben schon seit 20 oder 30 Jahren mehr oder weniger das machen“, sagt er. Nach seiner Darstellung seien dadurch über Jahre gewachsene Netzwerke entstanden, in denen dieselben Akteure Ämter besetzten, über Haushalte entschieden und Reformen immer wieder verhindert hätten.



Insgesamt hat der Fernuniversität-Hagen-Campus elf Gebäude vor Ort. Hier: Blick auf Nr. 9

© Jana Hermann/Berliner Zeitung



UNIVERSITÄT

„Katastrophe“ an der TU: Uni ist gesperrt – gegenseitige Schuldzuweisungen



HOCHSCHULE

Nächstes Problem bei TU Berlin: Uni-Bibliothek muss vorübergehend schließen

Erste Reformen nach Machtübernahme

Auch den Ablauf mehrerer vergangener Wahlvorhaben bewertet Emrich kritisch. Er berichtet von Streit über die Besetzung des Wahlausschusses, von Auseinandersetzungen über Wahleinsprüche und von kurzfristigen Aufrufen an den gesamten Studentenverteiler, sich noch an der Wahl zu beteiligen oder die Wahl zu boykottieren. Seine Schilderung deckt sich in Teilen mit den dieser Zeitung vorliegenden Unterlagen und Beobachtungen vor Ort; einzelne Vorgänge werden nach Angaben der Hochschule weiterhin geprüft.

Für Emrich liegt das eigentliche Problem weniger im Ausgang der Wahl als in deren jahrelanger Verschiebung. „Man kann sich das so vorstellen: Als hätte man die Bundestagswahl erst nach zehn Jahren durchgeführt statt nach vier“, sagt er. Man habe sich den Wahlen aus seiner Sicht über Jahre nicht gestellt und dadurch bestehende Strukturen künstlich fortgeschrieben.

Nach dem Machtwechsel kündigt die neue Mehrheit Veränderungen an. Laut Emrich wurde die Zahl der AStA-Referate von 13 auf neun reduziert. Das spart Geld. „Ich möchte, wie ich das auch bereits 2018 als AStA-Vorsitzender der Berliner HWR gemacht habe, auch den AStA-Beitrag senken. Damals ließ ich ihn von fünf auf vier Euro kürzen“, so Emrich. An seinen damaligen Reformersfolg knüpft er nun an und lässt prüfen, ob sich die Beiträge zur Studentenschaft auch an der Fernuniversität Hagen senken lassen. Geplant sind 8,40 Euro statt der bisherigen 11 Euro.

Die Grenzen der Hochschulen

Die Fernuniversität Hagen ist nur ein Beispiel von vermutlich vielen, das zeigt: Die Hochschulleitungen können die Studentenvertretungen nicht einfach ersetzen oder ihre Aufgaben übernehmen. Die Studentenvertretungen verfügen über eigene Organe und eigene Entscheidungsstrukturen. Die Hochschulen üben in erster Linie Rechtsaufsicht aus. Sie können auf die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben achten, führen jedoch keine laufende Fachaufsicht über politische Entscheidungen oder einzelne Haushaltspositionen.

Diese Konstruktion, festgelegt durch Hochschulgesetze der Länder, soll die Unabhängigkeit der studentischen Interessenvertretung sichern. Gleichzeitig bedeutet sie, dass Konflikte innerhalb der Selbstverwaltung zunächst von den zuständigen studentischen Gremien selbst gelöst werden müssen. Der Fall Hagen verdeutlicht, wie relevant diese Konstruktion werden kann, wenn Streitigkeiten über Wahlen, Zuständigkeiten oder die Besetzung von Ämtern sowie Honorare und

Aufwandsentschädigungen über längere Zeit andauern. Das Beispiel verdeutlicht jedoch auch die Frage nach der vorhandenen Kompetenz, Gelder ordnungsgemäß zu verwalten.



Instagram: Blick auf Programm und Angebot des AstA der Technischen Universität Berlin

© Screenshot/Instagram AstA TU Berlin

Es fehlt Geld – obwohl Geld vorhanden ist

Für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte in diesem Jahr der AstA der Universität Hamburg mit einer ungewöhnlichen Aufforderung: Die Studentenvertretung riet Studieninteressierten öffentlich von einem Studium an der eigenen Universität ab und begründete dies mit Sparmaßnahmen, sinkender Lehrqualität und gestrichenen Tutorien. Die Universität zählt rund 43.000 Studierende; allein der Beitrag zur Studierendenschaft beträgt 19,60 Euro pro Semester und summiert sich rechnerisch auf rund 1,7 Millionen Euro pro Jahr.

Mit dem Aufruf wollte der AstA nach eigener, öffentlicher Darstellung auf die aus seiner Sicht chronische Unterfinanzierung der Universität aufmerksam machen und politischen Druck auf den Hamburger Senat ausüben. Die Studentenvertretung machte damit vor allem externe Ursachen für die Probleme verantwortlich. Ob und

in welchem Umfang die eigenen Haushaltsmittel zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen könnten, war dagegen nicht Gegenstand des Aufrufs.



STUDENTENGELDER

Uni Hamburg: Asta rät von Studium an eigener Hochschule ab



PATENTE

Ostdeutsche Hochschulen bei Patenten vorn – Sachsen führt Ranking an

Was wäre die Alternative?

Die Millionen aus den Pflichtbeiträgen können nicht einfach für zusätzliche Tutorien, Professuren oder die Sanierung maroder Hörsäle verwendet werden. Dafür fehlt die rechtliche Grundlage. Die Gelder gehören der verfassten Studentenschaft und dürfen nur für deren gesetzliche Aufgaben eingesetzt werden. Eine Universität kann sie deshalb nicht einfach in ihren eigenen Haushalt überführen.



Mai 2026: Das Hauptgebäude der Technischen Universität Berlin (TU) bleibt vorerst wegen Baumängeln geschlossen ...

© Fabian Sommer/dpa



... noch im April 2026 fand im Audimax im nun geschlossenen Hauptgebäude die Feier zu „80 Jahre TU Berlin“ statt.

© Jana Hermann/Berliner Zeitung

Die eigentliche Debatte kann sich daher nur um die Frage drehen, wie die studentische Selbstverwaltung kontrolliert werden sollte. Braucht es mehr Transparenz bei Haushalten und Ausgaben? Sollten größere Zahlungen oder Aufwandsentschädigungen regelmäßig veröffentlicht werden?

Die Fernuniversität Hagen sieht selbst Reformbedarf. Auf Anfrage dieser Zeitung erklärt die Hochschule, sie sehe „fortlaufenden Bedarf“, die Prozesse der studentischen Selbstverwaltung gemeinsam mit den zuständigen Gremien weiterzuentwickeln. Als mögliche Ansatzpunkte nennt sie die Präzisierung und Weiterentwicklung von Satzungen und Wahlordnungen, die Stärkung von Transparenz- und Kontrollstandards, Schulungen für Amtsträger sowie die Digitalisierung von Wahlverfahren.

Abrundend bleibt zu sagen: Der AStA-Beitrag beträgt zwar nur wenige Euro pro Semester für den Einzelnen. Bundesweit summieren sich diese kleinen Beträge jedoch zu Millionen. Gerade deshalb sollte die Debatte entfacht werden, nach welchen Maßstäben über ihre Verwendung entschieden wird und wie transparent diese Entscheidungen für diejenigen sind, die sie finanzieren. Für die Studenten.



Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihr Feedback zu diesem Artikel an:
briefe@berliner-zeitung.de

Lesen Sie mehr zum Thema

[ASTA](#)[Honigtopf](#)[TU Berlin](#)[Hörsaal](#)[Universität Berlin](#)[FernUniversität Hagen](#)[Freie Universität Berlin](#)